



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/84 - 9.4.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Zu den deutsch-israelischen Verhandlungen	S. 1
Rückschlag für Churchill	S. 3
Hintergründe des Auerbach-Prozesses	S. 5
Studenten und Wehrbeitrag	S. 7

## Stillstand in Den Haag

A.E. Die deutsch-israelischen Wiedergutmachungs-Verhandlungen in Den Haag standen von Anfang an unter einem unglücklichen Vorzeichen. Gerade war der Rademacher-Prozeß zu Ende gegangen - jener Prozeß, der mit erschreckender Deutlichkeit die Mitschuld der Wilhelmstraße an den Juden-Deportationen enthüllte. Führende Diplomaten von damals sitzen heute als wohlbestallte Botschafter, Gesandtschaftssekretäre und als angeblich unabkömmliche Experten wieder in Amt und Würden. Nur wenige der zahlreich aufgebotenen Entlastungszeugen besaßen den Mut zur Wahrheit, und es fehlte nicht an Bestrebungen, dieses düstere Kapitel deutscher Vergangenheit durch den Mantel kollegialen Schweigens zuzudecken. Das gelinde Strafausmaß für Rademacher mußte mit Recht den Eindruck erwecken, daß der Justiz an einer Bereinigung des öffentlichen Lebens nicht viel liegt. Wie können unsere Nachbarvölker, wie kann die Judenheit an eine Bereitschaft zur Wiedergutmachung glauben, wie können wir den Weg zur echten Gemeinschaft mit der freien Welt wiederfinden, wenn nicht anders als durch einen radikalen Bruch mit jenem Geist und seinen Vertretern, die unser Volk in den Abgrund führten ?

Die deutsche Delegation für Den Haag sei, so hieß es, mit besonderer Sorgfalt, der delikaten Aufgabe entsprechend, ausgewählt worden. Wenig drang über die Verhandlungsatmosphäre in die

Öffentlichkeit. Doch was inzwischen aus den kärglichen Berichten und Communiqués bekannt wurde, läßt größte Besorgnis aufkommen. Die Verhandlungen stocken und schwere Gegensätze haben sich aufgetan.

Nach einer bisher unwidersprochenen Meldung der "Jewish New Chronicle" hat der Leiter der deutschen Delegation auf der Londoner Schuldenkonferenz, Direktor Abs, noch vor Beginn der deutsch-jüdischen Verhandlungen behauptet, der israelische Reparationsanspruch sei darauf berechnet, die Londoner Schuldenkonferenz zu kompromittieren. Abs bestand nach der gleichen Quelle darauf, die Gespräche in Den Haag abzusagen, ein Ansinnen, auf das glücklicherweise die Bundesregierung nicht einging. Es stimmt schon bedenklich, wenn ein führender Mann der deutschen Wirtschaft auf so plumpe Weise das Zustandekommen der Wiedergutmachungs-Verhandlungen zu verhindern und Gläubiger gegen Gläubiger auszuspielen versucht. Aber den Höhepunkt geradezu aufreizender Taktlosigkeit bildet doch die Tatsache, daß es einem Herrn Dr. Kutscher, seinerzeitigem Judenreferenten im Auswärtigen Amt, von deutscher Seite gestattet wurde, auf die Vorverhandlungen Einfluß zu nehmen. Auf der berichtigten Arbeitstagung der Judenreferenten des AA in Krummhübel am 3. und 4. April 1944 hatte Dr. Kutscher gesagt: "Die Juden sind die Urheber des Krieges. Sie haben die Völker in den Krieg hineingetrieben, weil sie an ihm interessiert sind. Kämpft Deutschland gegen den Juden, so tut es das nicht nur für sich, sondern für die ganze europäische Kultur". Dr. Kutscher ist heute Wirtschaftsreferent im Bundeswirtschaftsministerium. Von ihm kam die "Anregung", sozusagen als Beweis guten Willens, dem Staate Israel vorerst eine größere Abschlagssumme zu geben und alles andere der ferneren Zukunft zu überlassen. Es wäre äußerst verhängnisvoll, wenn sich die deutsche Delegation davon bestimmen ließe.

Das Problem der Wiedergutmachung an der Judenheit - soweit man überhaupt bei der Fülle des Leides, das das Dritte Reich den Juden zufügte, von einer Wiedergutmachung sprechen kann - ist trotz seiner Vielschichtigkeit vor allem moralischer Natur. Im Namen des deutschen Volkes wurden fünf Millionen Menschen in die Gaskammern gesandt und eine Welle des Hasses und der Vernichtungswut ausgelöst, die heute noch nachwirkt. Wir haben angesichts dessen bis zur äußersten Konsequenz und bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit die materiellen Lasten zu tragen. Unerträglich ist es, wie dies in London geschah, diese elementare und für unsere Selbstachtung so notwendige Verpflichtung mit der Liquidation von Deutschlands Auslandsschulden zu verquicken.

Die Enteignung des jüdischen Eigentums in Deutschland und in den vom Dritten Reich besetzten Teilen Europas war offener oder versteckter Raub. Die Anleihen aber, die Deutschland in den Zwischenkriegsjahren erhielt, erfolgten im Rahmen üblicher geschäftlicher Transaktionen. Und so gewiß es ist, daß auch für diese Schulden, schon um unsere internationale Kreditwürdigkeit wiederherzustellen, eine Regelung gefunden werden muß, so unbestreitbar und über jedes Feilschen erhaben bleibt unabhängig davon der grundsätzliche Anspruch Israels.

Labour wieder im Vormarsch

-er. Die britischen Grafschaftswahlen, die ungefähr mit deutschen Kreistagswahlen zu vergleichen sind, deuten eine Verschiebung der politischen Machtverhältnisse in Großbritannien an. Die Labour-Party hat nicht nur ihre Mandatsverluste, die sie 1949 einstecken mußte, weit aufgeholt, es gelang ihr auch ein tiefer Einbruch in konservative Wählermassen. Der auffallendste Erfolg neben London, das nun wieder ganz unter sozialistische Verwaltung kam, sind die Mandatsgewinne für Labour im Textilzentrum Lancashire. Diese Stadt wählte traditionell konservativ. Jetzt werden erstmalig Labourleute das Geschick der Stadt bestimmen. Dieser Stimmungsumschwung ist nicht lokal bedingt. In vielen anderen Grafschaften, in denen die Konservativen noch die Führung innehaben, ist der Labouranteil stimmenmäßig gewaltig angestiegen. Die Wahlen wurden weit mehr über große, das ganze Volk bewegende Probleme, als über örtliche Streitfragen ausgefochten. Die britischen Wähler gaben schon durch ihre, für britische Gemeindewahlen ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung ihrem Unwillen über die Regierung Churchill Ausdruck - und dies nach fünfmonatiger Regierungszeit. Die Labour-Party hatte nach sechsjähriger Regierung mehr Stimmen für sich als ihr Gegner, wenn sie auch nach der Zahl der Mandate abtreten mußte.

Die Konservative Partei erhielt die Quittung für ihre gebrochenen Wahlversprechen. Sie gebärdete sich vor den Wahlen im Oktober 1951 sozialer und fortschrittsfreundlicher als die Labour-Party: Die sozialen Errungenschaften sollten nicht angetastet, die Lebensmittel-Subventionen nicht herabgesetzt, die Löhne den höheren Preisen angeglichen werden, der Gesundheitsdienst, das Kernstück der Labour-Politik, und die Vollbeschäftigung sollten aufrecht erhalten bleiben. Nichts von alledem ging in Erfüllung. Das neue Budget trug ausgesprochenen Klassencharakter. Gewiß, Steuerermäßigungen erfolgten, aber sie kamen nur den gehobeneren Schichten zugute. Dann kam Schlag auf Schlag: Die Lebensmittel-Subventionierungen wurden auf die Hälfte verringert und der staatliche Gesundheitsdienst mit Gebühren belastet, die es heute für viele Engländer unmöglich machen, ihn überhaupt in Anspruch zu nehmen. Die Regierung entschied sich für eine Politik, die, wie es ein Labour-Abgeordneter im Unterhaus plastisch ausdrückte,

den Besitz beschenkt und die Armen bestraft. Nach fünfmonatiger Herrschaft der Konservativen hat Großbritannien wieder eine in die hunderttausende gehende Arbeitslosigkeit. Das Entstehen einer Industrie-Reservearmee soll nach dem Willen der Konservativen die Macht der Gewerkschaften schwächen und die arbeitende Bevölkerung wieder der Willkür der Unternehmer ausliefern.

Es ist höchst zweifelhaft, ob Churchill den alten reaktionären Kurs beibehalten kann. Die Konservativen können nun nicht mehr hoffen, auch die Nationalisierung der Stahl-Industrie wieder rückgängig zu machen. Die schmale Basis, auf der die Churchill-Regierung operieren muß, läßt keine großen Experimente mehr zu. Die Liberalen hatten bisher in den meisten Abstimmungen für die Regierung gestimmt. Sie dürften das in der Zukunft mit weniger Eifer tun, wollen sie nicht riskieren, vom konservativen Wählerschwund mitgerissen zu werden.

Es wäre jedoch verfehlt, die offenkundige Niederlage der Konservativen allein auf die unpopulären Maßnahmen der Regierung zurückzuführen. Auch die Labour-Party mußte in ihrer sechsjährigen Regierungszeit manche unpopulären Maßnahmen beibehalten oder durchsetzen. Dennoch errang sie bei den Parlamentswahlen die größte Stimmenanzahl, die jemals eine britische Partei in der Geschichte erhalten hat. Die Grafschaftswahlen kennzeichnen eine in ihren Folgen noch nicht abzuschätzende Verschiebung innerhalb der britischen Wähler. Die von beiden Parteien so heiß umworbenen Mittelschichten, die für jede Wahlentscheidung das Zünglein an der Waage bilden, haben diesmal in großer Mehrheit für die Kandidaten der Labour-Partei gestimmt und damit eine Absage an die Konservativen vollzogen. Sie vertrauen nicht mehr jener Partei, die bis 1945 mit wenigen Unterbrechungen fast ein Jahrhundert lang die Geschicke Englands bestimmte und glaubt, daß die Lösung der gesellschaftlichen und sozialen Probleme des 20. mit den Mitteln des 19. Jahrhunderts erfolgen könne.

+ + +

#### KP-Abgeordneter Spindler angeklagt

1. Die Duisburger Staatsanwaltschaft hat jetzt gegen den KP-Landtagsabgeordneten Spindler Anklage wegen Untreue, Unterschlagung und Betruges erhoben. Vom NRW-Landtag wurde bereits vor einiger Zeit auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft die Immunität für Spindler aufgehoben. Die Erhebung der Anklage hatte sich verzögert, da ein weiterer Angeklagter, Wegener, inzwischen verstorben ist. Dessen umfangreiche Aussagen liegen jedoch schriftlich vor. Es handelt sich um rd. 11000 DM Gewerkschaftsbeiträge, die durch Kleben niedrigerer Beitragsmarken auf der Zeche Neumühl in Hamborn, auf der Spindler u.a. Betriebsratsvorsitzender ist, von 1948 bis Ende 1949 unterschlagen und einem "Sonderfonds" zugeführt wurden. Dies stellten Revisoren der IG-Bergbau bei einer Prüfung fest. Die IG-Bergbau erstattete daraufhin Anzeige. In dem Prozeß soll auch untersucht werden, ob Gelder an (kommunistische) politische Organisationen weitergeleitet wurden, wie dies vermutet wird.

+ + +

Der Prozeß Philipp Auerbach und die Politik

K.T.-München, 10. April

Am 10. März 1951 wurde der damalige Präsident des bayerischen Landesentschädigungsamtes Philipp Auerbach auf der Rückfahrt nach München kurz vor Erreichung der Stadt aus seinem Wagen heraus verhaftet. Am 16. April 1952 wird der Prozeß gegen ihn beginnen. Als damals einige Tage später die ersten Millionen-Summen bekannt wurden, die dem bayerischen Staat durch Auerbachs Vergehen verloren gegangen sind, drohte es in Bayern zu einer ernstesten Regierungskrise zu kommen. Heute, ein Jahr später, ist die interne CSU-Krise Joseph Müller-Hundhammer auf ihrem Höhepunkt angekommen.

Die SPD-CSU-Koalition hatte damals schwere Tage durchzustehen, denn die Gegner dieser Koalition, an ihrer Spitze der ehemalige bayerische Kultusminister Dr. Hundhammer - der es nicht verwinden konnte, daß die SPD seine Nominierung als Kultusminister ablehnte - setzte alle Hebel in Bewegung, um aus der Tatsache, daß Auerbach ein Mitglied der SPD war, Kapital für seine Gegnerschaft zur SPD-CSU-Regierungskoalition zu schlagen. So absurd allein schon seine Behauptung war, die SPD wäre für die Verfehlungen Auerbachs verantwortlich zu machen, so widersinnig war auch seine Forderung, der CSU-Koalitionspartner möge aus dem Geschehenen die Konsequenz ziehen und die Regierung verlassen. Nun waren der bayerische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard und seine CSU-Regierungsmitglieder toleranter und klüger als Herr Hundhammer. Sie gaben sich damit zufrieden, daß das SPD-Parteischiedsgericht gegen Auerbach sofort ein Parteiausschlußverfahren einleitete und ihn dann auch aufgrund seiner Vergehen aus der Partei ausschloß. Hundhammers Schuß hatte zunächst nicht die erwartete Wirkung. Heute versucht der Landtagspräsident, der sich aufs tote Gleis geschoben fühlt, auf anderem Wege zum Zuge zu kommen.

Nachdem mehr als ein Jahr vergangen ist, wird nun am 16. April vor dem Landgericht München I Auerbach der Prozeß gemacht werden, auf den man nicht nur in Bayern und in der Bundesrepublik, sondern darüber hinaus auch besonders in Frankreich und Amerika wartet. Hatte man doch seinerzeit Auerbachs Verhaftung als eine "antisemitische" Maßnahme hingestellt und hatten doch französische und amerikanische Zeitungen mit besonderer Lautstärke von einem "erstarkenden

Antisemitismus und Neofaschismus" in Deutschland gesprochen. Daß die drei Richter dieses Prozesses ehemalige Parteigenossen waren, focht die Verteidigung übrigens weniger an als der andere Umstand, daß einer der Mitangeklagten - es handelt sich um den Landesrabbiner von Bayern, Dr. Aaron Ohrenstein - dem bayerischen Justizminister Dr. Joseph Müller, ein Darlehen von 20000 M gegeben hat, von dem bisher 5000 M noch nicht zurückgezahlt wurden. Die Verteidigung erklärt, sie sei von dieser Tatsache erst jetzt unterrichtet worden und müsse es daher ablehnen, daß gegen Auerbach vor einem Gericht verhandelt wird, dessen erster Richter, Landesgerichtsdirektor Dr. C. Malzer, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Anwaltskanzlei des Justizministers war und von dem Drängen Ohrensteins wegen Rückgabe des Darlehens weiß.

So verquickt sich sehr unerfreulich Rechtsprechung mit der privaten und der politischen Sphäre. Der Mann auf der Straße zieht seine Schlüsse: Also ist doch etwas faul im Staate. Die Großen halten schon seit eh und je zusammen und dem Auerbach wird nicht viel passieren, wenn einer der Mitangeklagten von dem Justizminister noch 5000 M zu bekommen hat. - Wenn auch inzwischen festgestellt wurde, daß die Gewährung des Darlehens an den Justizminister zu einem Zeitpunkt erfolgte, wo man von der Affäre Auerbach noch nichts wußte, so hat das Bekanntwerden dieser Tatsache doch genügt, das Gefüge der Regierung über die Krise in der CSU ins Wanken zu bringen. Und wenn man weiter erfährt, daß der ehemalige Kultusminister und ~~jetzige~~ Landtagspräsident Dr. Hundhammer es war, der der Verteidigung diese "vertrauliche Information" ganz vertraulich zukommen ließ, dann merkt man, worum es im Grunde geht. Im Lande aber begreift man, daß einige Politiker, die nicht zum Zuge gekommen sind, in der Verbitterung darüber, Versäumtes nachzuholen, in der Wahl ihrer Mittel nicht immer so christlich vorgehen, wie sie zu sein vorgeben. Mit der Regierungskrise wurde es bisher nichts. Aber der Demokratie hat Herr Hundhammer einen sehr, sehr schlechten Dienst erwiesen. Mügen seine Parteifreunde sich mit ihm auseinandersetzen, die SPD-Regierungsmitglieder konnte sein Verhalten nicht groß überraschen.

Abstimmung in Marburg

Aus zuverlässiger Quelle wird Nachstehendes berichtet:

Die Abstimmung der Studenten anlässlich einer kürzlichen Veranstaltung Heinemann-Kogon-Heiler im Auditorium Maximum wurde vom Institut für Politik ausgewertet:

Ausgefüllte Fragebogen	466
Männliche Studenten . . . . .	86 %
Weibliche Studenten . . . . .	14 %
<u>Für einen Wehrbeitrag der Bundesrepublik unter der Bedingung, daß die Bundesrepublik ihre volle Gleichberechtigung errungen hat und von den Westmächten strategisch gesichert wird.</u> . . . . .	41 %
<u>Dagegen</u> . . . . .	46 %
<u>Enthaltungen</u> . . . . .	11 %
<u>Gegen einen deutschen Wehrbeitrag in der gegenwärtigen Situation wandten sich.</u> . . . . .	49 %
<u>Dafür</u> . . . . .	40 %
<u>Enthaltungen</u> . . . . .	11 %
<u>Für einen Wehrbeitrag im Rahmen einer europäischen Armee entschließen sich</u> . . . . .	30 %
<u>Dagegen</u> . . . . .	57 %
<u>Enthaltungen</u> . . . . .	13 %
Politisches Interesse der Studenten:	
Die Bundestagsdebatte verfolgten . . . . .	91,5 %
Zeitung lesen täglich . . . . .	81,5 %
Politisches Interesse der Studentinnen:	
Die Bundestagsdebatte verfolgten . . . . .	79 %
Regelmäßig Zeitung lesen . . . . .	56,5 %

X

Zusätzliche Erhebungen ergaben, daß die Befürworter eines Wehrbeitrages unter den gegenwärtigen Voraussetzungen ganz auffällig in zwei Gruppen konzentriert sind, und zwar bei den Mediziniern und bei den jüngeren Studentinnen.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau

Sozialdemokratische Partei  
Deutschlands  
Frauenbüro  
BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Ruf 7654

Nr. 4/52

8.4.1952 Go/Xa

S P D - Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag überall  
erfolgreich

Mit Ausnahme von 2 Berliner Gross-Kundgebungen, die am 19. und 20. April stattfinden werden und auf denen Louise Schroeder das Hauptreferat halten wird, ist die diesjährige Aktion zum Internationalen Frauentag abgeschlossen.

Seit 1947 werden in Deutschland von der S P D diese Frauentagsveranstaltungen alljährlich durchgeführt. In keinem Jahr jedoch war das Echo so gross wie in diesem Jahr, besonders die Grenztreffen waren ungewöhnlich erfolgreich.

Zu dem deutsch-belgisch-holländischen Grenztreffen am 25.3. in Aachen waren über 5000 Frauen erschienen, davon fast 3000 Frauen aus dem Ruhrgebiet, die mit über 90 grossen, mit Frauentagsplakaten geschmückten Überlandbussen nach Aachen kamen.

100 holländische und 15 belgische Frauen aus Lüttich nahmen an dieser Kundgebung teil.

Auch das deutsch-holländische Grenztreffen in Bommerich am 30. März war ein grosser Erfolg und von über 2000 Frauen, darunter eine starke holländische Delegation, besucht.

Am 30.3. fand in Mülhausen im Elsass ein Grenztreffen statt, an dem Frauen aus der Schweiz und aus Deutschland teilnahmen. Die deutschen Sprecherinnen waren die beiden württembergisch-badischen Landtagsabgeordneten Frau Martha Giesemann und Frau Steffi Restle.

300 Österreicherinnen kamen nach München

Zu dem deutsch-österreichischen Treffen am 6.4. in München waren 300 Österreicherinnen aus Salzburg, Innsbruck, Kufstein, Bad Gastein usw. erschienen. Die Delegationsführerin, Frau Mizzi Embart, Vizebürgermeisterin von Salzburg, die während der Nazizeit viele Jahre lang in Ravensbrück war, überbrachte den Münchner Frauen eine Fahne der Frauen der österreichischen sozialistischen Partei.

Frauentagstreffen an der Zonengrenze

Über 1000 Frauen nahmen an dem Zonengrenztreffen in Helmstedt teil, das am 23. März aus Anlass des Internationalen Frauentags durchgeführt wurde. Tausende von Ballons mit Flugblättern wurden aufgelassen. Nach Mitteilungen, die wir inzwischen bekommen haben, haben die meisten dieser Ballons ihr Ziel gefunden.

Am 6.4. wurde in Tiefengrün bei Hof i.B. ein Zonengrenztreffen unter starker Beteiligung der Bevölkerung diessseits und jenseits des Grenzflusses durchgeführt.

25000 österreichische Frauen im Burgenland

In Österreich ist es Sitte, als Abschlusskundgebung des internationalen Frauentags aus ganz Österreich die Frauen an einem bestimmten Ort zusammen zu holen. In diesem Jahr fand diese Grosskundge-



bung in Eisenstadt im Burgenland nahe der ungarischen Grenze statt. Über 25000 Frauen aus ganz Österreich beteiligten sich an dieser imposanten Kundgebung.

Französische Frauen demonstrieren in Roubaix und Creil

In Frankreich werden neben einer Reihe von kleineren Veranstaltungen 2 zentrale Gross-Kundgebungen durchgeführt, und zwar am 25.4. in dem nordfranzösischen Industriort Roubaix und am 29.4. in dem nahe bei Paris gelegenen Industriezentrum Creil.

In Roubaix wird die zentrale Frauensekretärin der S P D, Frau Herta Gotthelf, sprechen und in Creil die Sekretärin des internationalen sozialistischen Frauenkomitees, die Schweizerin Margarete Kissel-Brutschy.